

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Angesichts der Gefahren, die sich aus Sommersmog und Ozonkonzentration für die Bevölkerung ergeben, ist sachliche Auseinandersetzung statt Wahlkampfgeschrei dringend nötig, meint **Michael Müller MdB**.

Seite 1

Kurzichtig und engstirnig ist die Streichung der Fördermittel für die Friedens- und Konfliktforschung durch die Bundesregierung, kritisiert **Wolf-Michael Catenhusen MdB**.

Seite 2

Während die Kriminalität besorgniserregend steigt, sieht die Regierung untätig zu. In der Verbrechensbekämpfung hat Kohl versagt, stellt **Günter Graf MdB** fest.

Seite 3

Kritik an der seiner Meinung nach zu nachgiebigen Politik Bonns gegenüber China übt **Horst Niggemeier MdB**.

Seite 4

49. Jahrgang / 150

8. August 1994

Sommersmog und Ozongefahren

Sachliche Auseinandersetzung statt Wahlkampf

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die hohen Ozonkonzentrationen sind ein zu wichtiges Thema, um es als Spielball parteitaktischer Überlegungen zu diffamieren. Der führende deutsche Umweltmediziner, Prof. Schilpkötter vom Institut für Umwelthygiene der Universität Düsseldorf, weist darauf hin, daß es schon bei einem Konzentrationswert von $180 \mu \text{ pro m}^3$ bei etwa jedem 10. Bürger zu gesundheitlichen Reaktionen kommt. Die Weltgesundheitsbehörde empfiehlt, daß der Wert von $150 \mu \text{ m}^3$ nicht überschritten werden soll.

Wenn nun die Bundesregierung behauptet, ein Tempolimit bringe nichts, weil es darauf ankäme, die Vorläufersubstanzen Stickoxid und Kohlenwasserstoffe zu verringern, so ist das einerseits falsch und andererseits dreist:

- Nach vorliegenden Untersuchungen ist ein Tempolimit sehr wohl in der Lage, die Spitzen der Ozon-Konzentration um bis zu 20 Prozent zu verringern. Die Bundesregierung widerspricht sich selbst, wenn sie auf der einen Seite sagt, die Ozonversuche der letzten Monate müßten erst ausgewertet werden, aber auf der anderen Seite Herr Wissmann verkündet, "ein Tempolimit bringt nichts". Dabei sollte auch der Verkehrsminister wissen, daß der Ausstoß der Stickoxid-Emissionen mit hohen Geschwindigkeiten überproportional steigt, so daß bei lang anhaltenden heißen Tagen auf jeden Fall eine Entlastung erreicht wird.
- Die Behauptung, die Bundesregierung sei dabei, die Vorläufersubstanzen zu verringern, ist so alt wie viele folgenlose Ankündigungen. Als der damals für den Umweltschutz zuständige Bundesinnenminister Zimmermann die erste Verordnung für Katalysatoren bei PKW im Bundestag debattierte, kündigte er eine Halbierung der verkehrsbedingten Stickoxid-Emissionen bis zum Jahr 1990 an. Tatsache ist, daß die Stickoxide aus dem Verkehr heute sogar über dem Stand von 1984 liegen. Auch Bundesumweltminister Töpfer versucht zu tricksen. So hat er sich vor rund einem Jahr im Bundestag hingestellt, eine Datenzusammenstellung des Umweltbundesamtes hochgehalten und behauptet, die Stickoxid-Emissionen wären gesunken. Tatsächlich stand in der Broschüre das Gegenteil.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemänföze-Übátás
mit 100% recycelter Einlage
Recycling-Papier



Es ist dringend notwendig, zu einer sachlichen Debatte zurückzukommen. Die hohen Ozonkonzentrationen sind eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit. Ein Tempolimit kann dazu beitragen, das Problem für eine kurze Zeit zu entschärfen. Notwendig ist eine umweltverträgliche Neuordnung des Verkehrssektors: Vermehrsvermeiden, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Verringerung der Wegestrecken. Auf dem Feld passiert nichts, aber es werden kräftig weitere Fehler gemacht. Eine wichtige Maßnahme wäre es, den Bau von Einkaufszentren außerhalb der Städte auf der grünen Wiese im Grundsatz zu verbieten. Von daher ist eine nationale Konferenz über die umweltverträgliche Neuordnung des Verkehrssektors ein Gebot der Stunde.

(-/8. August 1994/hgs/fr)

Kurzichtig und engstirnig

Das geplante Aus für die Förderung der Friedensforschung ist unverantwortlich

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

**Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und
Technikfolgenabschätzung**

Vor 25 Jahren gab Bundespräsident Gustav Heinemann den Anstoß zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung durch die Bundesregierung und zur Bildung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK). 1983 kam es, vorangetrieben durch den bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß, zum Ende der bis dahin von Bund und Ländern gemeinsam getragenen DGFK. Die finanzielle Förderung der Friedens- und Konfliktforschung wurde immerhin als Sonderschwerpunkt im Rahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit besonderen Zuschüssen des Bundesforschungsministeriums (BMFT) auf bescheidenem Niveau fortgesetzt, weil sich damals SPD und FDP für den Erhalt der Förderung einsetzen.

Schon in diesem Jahr wurden die Mittel des Bundes für die Friedensforschung von 2,5 Millionen DM auf eine Million DM gekürzt. Das sind kaum 0,0002 Prozent der Mittel des Verteidigungshaushaltes. Der Entwurf des Bundeshaushalts sieht für 1995 das Auslaufen der Förderung vor. Mit den vorgesehenen 346.000 DM können nur noch laufende Vorhaben abgewickelt werden. Die FDP hat dies bislang ohne Widerstand hingenommen.

Diese Entscheidung ist politisch kurzichtig, ideologisch, engstirnig und unverantwortlich:

1. Gerade nach Ende des Ost-West-Konfliktes gibt es in einer immer unübersichtlicher werdenden Welt neuen Bedarf an Beiträgen einer interdisziplinär arbeitenden Friedens- und Konfliktforschung, in der die Bedeutung einer wachsenden Interdependenz zwischen Armut, Unterentwicklung, Umweltzerstörung, ethnischen und religiösen Spannungen für die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen untersucht wird. Die Friedens- und Konfliktforschung hat in Deutschland gerade in den letzten Jahren einen solchen umfassenden interdisziplinären Forschungsansatz verfolgt.
2. Eine Reform und Weiterentwicklung der internationalen Institutionen und Vertragswerke ist dringend geboten. Dies gilt für die UN ebenso wie für die Weltbank. Hier braucht eine deutsche Politik, die ihre internationale Verantwortung als Motor für die Weiterentwicklung weltweiter Kooperation wahrnehmen will, unkonventionelle Denkanstöße, zu denen die Friedens- und Konfliktforschung wertvolle Beiträge geleistet hat.
3. Wir erleben nach Ende des Ost-West-Konfliktes auch eine Krise der Methoden und Strategien, regional und global Krisen und Konflikte zu vermeiden, zu bekämpfen, einzudämmen oder gar zu lösen. Dies zeigt die Entwicklung in Jugoslawien und Somalia, aber auch in Kambodscha und Haiti. Deutschland sollte hier an der Priorität für eine Politik, die auf Kriegsverhütung und -vermeidung setzt, festhalten. Für die deutsche Politik sind unkonventionelle Denkanstöße besonders ge-

fragt, wenn wir nicht die Interventionspolitik der Ex-Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien und der Supermacht USA ungefragt als Maßstab für weltweites militärisches Engagement akzeptieren wollen.

Gerade in einer Phase, in der das vereinte Deutschland eine wachsende Rolle in den internationalen Beziehungen spielen muß, gibt es einen wachsenden gesellschaftlichen Bedarf an interdisziplinärer Friedens- und Konfliktforschung. Militärisches Denken und eine auf klassische Diplomatie orientierte politikwissenschaftliche Forschung reichen für Denkanstöße und Politikberatung nicht aus.

Die SPD hat sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig zur Fortführung der Bundesförderung für die Friedens- und Konfliktforschung bekannt. Noch besteht Hoffnung, daß das Vorhaben der Bundesregierung keine Mehrheit im Parlament finden wird. Die FDP ist aufgefordert, umgehend klarzustellen, ob sie ihre langjährige Unterstützung für den Erhalt der Friedens- und Konfliktforschung wirklich endgültig aufgegeben hat.

(-/8. August 1994/hgs/fr)

In der Verbrechensbekämpfung hat Kohl versagt

Die Kriminalität steigt, die Regierung sieht untätig zu

Von Günter Graf MdB

Stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit versagt. Gestiegene Kriminalität, gesunkene Aufklärungsquoten und schwindendes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sind ein trauriges Ergebnis von zwölf Jahren konservativer Wendepolitik. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die Kriminalitätsentwicklung in den vergangenen Jahren katastrophal war und die Regierung untätig bleibt, wo entschlossenes Handeln zur Verbesserung der Inneren Sicherheit und Verbrechensbekämpfung dringend erforderlich gewesen wäre.

Einige wenige Zahlen stellen diese bedrohliche Tendenz dar: Der Anstieg der Kriminalität allein in Westdeutschland von 4.291.975 auf 5.347.780 registrierter Straftaten, also um etwa 25 Prozent seit 1982, dokumentiert deutlich das Scheitern der von dieser Bundesregierung vor zwölf Jahren vollmundig angekündigten "geistig-moralischen Wende". Die Zahl der Wohnungseinbrüche zum Beispiel stieg von 1982 bis 1993 um etwa 45 Prozent. Die Aufklärungsquote sank von 24,9 Prozent auf 19 Prozent. Die Zahl der gestohlenen Kraftfahrzeuge stieg allein von 1991 bis 1993 um 34 Prozent. Die Aufklärungsquote sank binnen eines Jahres von 28,0 auf 23,8 Prozent.

Neben der Entwicklung der Quantität ist vor allem die Entwicklung der Qualität der Straftaten besorgniserregend. Eine Zunahme der registrierten Straftaten ist unter anderem in den Deliktbereichen Straßenraub und Taschendiebstahl festzustellen. Raubdelikte nahmen im vergangenen Jahr um etwa 3,7 Prozent zu.

Tatopfer sind vielfach sozial Schwächere. Beim Handtaschenraub waren 55,6 Prozent der Opfer ältere Menschen ab 60 Jahren. Ebenso besorgniserregend ist, daß bei sonstigem Straßenraub 14,9 Prozent der Opfer Jugendliche, 8,9 Prozent Heranwachsende, 8,7 Prozent Kinder unter sechs Jahren waren.

Als Folge dieser Entwicklung ist nicht nur ein hoher volkswirtschaftlicher Gesamtschaden zu beklagen. Vielmehr ist es besonders bedrückend, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger, darunter insbesondere Frauen und ältere Menschen, zunehmend befürchten, Opfer von Straftaten werden zu können.

In Ostdeutschland wurde 1991 eine Bedrohung von 93 Prozent der Befragten empfunden, während in Westdeutschland 71 Prozent der Befragten ihre Sicherheit für bedroht hielt(-/8. August 1994/hgs/fr)

Für Peking dreht Kinkel bei

Von Horst Niggemeyer MdB

Die globale Supermacht Rotchina unterstreicht immer wieder ihr brutales Anspruchdenken. Die GATT-Verhandlungen in Genf haben jetzt eine neue Variante der Peking-Kommunisten offenbart.

China, das mit Nachdruck in das GATT, der späteren Nachfolgeorganisation WTO (World Trade Organisation), aufgenommen werden will, hat mit noch größerem Nachdruck die Forderung erhoben, als "Entwicklungsland" im GATT anerkannt zu werden.

Das muß man sich vorstellen: Die mit Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat ausgestattete Atommacht Rotchina, die größte Militärmacht in der Asien/Pazifik-Region mit steigender Tendenz, das Land mit 1.200 Millionen Menschen und ein von den Industriestaaten mit viel Emsigkeit umworbener Markt, will als "Entwicklungsland" eingestuft werden.

Damit würden den KP-Funktionären in Peking die Erfüllung der Pflichten eines "Industrielandes" aus dem GATT-Abkommen erspart bleiben. Ein "Industrieland" hätte alle GATT-Bestimmungen zu freiem Handel und zur Marktwirtschaft sofort umzusetzen und dürfte keine Subventionen in die Agrarwirtschaft oder neue Industriezweige stecken. Solchen Verpflichtungen möchte sich die KP-Führung in Peking entziehen, gleichwohl aber weiter im Welthandel kräftig mitmischen, sozusagen auf freier Wildbahn und ohne alle Auflagen.

Der rotchinesische Außenhandelsminister Wu Yi hat in Peking unverhohlen zu Protokoll gegeben, daß die GATT-Staaten die rotchinesischen Forderungen zu erfüllen hätten, andernfalls sich China an keinerlei Zusagen aus der Vergangenheit in der internationalen Politik mehr gebunden fühlen würde.

Rotchina spielt mit den Länder dieser Welt wie es das will; Jo-Jo in Reinkultur. Brutales Machtstreben ist Trumpf. Noch sind es die USA, die sich diesem Druck der Peking-Chinesen nicht beugen wollen und gleichwertiges Marktverhalten, auch von Rotchina bei einem Eintritt in GATT fordern; auch eine Veränderung der Arbeits- und Existenzbedingungen gehören dazu.

Die Herstellung von Export-Produkten durch Häftlinge in den rotchinesischen Gulags verstößt gegen internationale Konventionen. Und daß 26 Fabriken in Rotchina CD-Raubkopien für den Export herstellen, ist die Verhöhnung des schutzwürdigen Urheberrechts. Die USA haben dadurch schon eine Milliarde verloren. China als Entwicklungsland? So abwegig ist das vor diesem Hintergrund des Verhaltens nicht.

Deutschland erkennt diesen Status ohnehin schon lange an. Die Milliarden-Grenze an Entwicklungshilfe für Rotchina ist nach einer kurzen Pause wegen des Massakers 1989 längst wieder überschritten. Und zehn Jahre zins- und tilgungsfreie Kredite mit einem anschließenden Zinssatz von 0,75 Prozent (Null-komma-fünfundsechzig) werden letztlich auch vom deutschen Steuerzahler in Richtung Peking finanziert.

Die EU-Staaten und der deutsche Außenminister Kinkel haben in den internationalen Verhandlungen jedoch längst beigedreht und bestätigen nur das, was der US-Kolumnist Robert Irck in diesen Tagen zu diesem Thema verbreitete: "Die Festlandchinesen sind nicht dumm und sie wissen, wie man den Westen ausmanövriert: Wedele mit der Möglichkeit von wenigen Dollars vor ihren Augen und alle Prinzipien gehen zum Fenster raus." Und so zieht dann dieser Kenner der Szene in Asien das peinliche Fazit: "Die Weltwirtschaftsbosse sind besonders für ihre Fähigkeit bekannt, zu kriechen, um ihre Marktanteile in China zu sichern." Wo gibt es da Widerspruch?

Auf der Strecke bleiben bei einem solchen Verhalten die nach wie vor ungelösten Probleme wie soziale Gerechtigkeit, Kinderarbeit, Vereinigungsverbot von Arbeitern und der globale Umweltschutz. Aber daran wird sich die Welt gewöhnen müssen. China bestimmt schon jetzt den Lauf der Welt. Nur haben das die Regierenden noch nicht bemerkt.

(-/8. August 1994/hgs/fr)
